

II-470 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2711J

1976-03-31

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. WIESINGER
und Genossen
an den Herrn Bundeskanzler
betreffend Schaffung eines Bundesaltenrates

In der Nummer 3, der von der ÖVP anlässlich der letzten Nationalratswahl herausgebrachten Informationsbroschüren, die sich mit Problemen der alten Menschen beschäftigt hat, findet sich die Forderung: Mehr Mitbestimmung für die Pensionisten durch einen Bundesaltenrat. Es heißt in dieser Broschüre:

"Die ÖVP will durch einen Bundesaltenrat die Mitbestimmung ermöglichen. Er soll private und öffentliche Altersheime kontrollieren. Und den Heimbewohnern das Recht auf Mitgestaltung der Heime sichern. Überhaupt: Er muß überall dort mitwirken können, wo über Probleme älterer Menschen entschieden wird. Der Bundesaltenrat soll aus Vertretern der Länder und der großen Pensionistenorganisationen bestehen. Damit er eine starke Vertretung ist."

In der Regierungserklärung vom 5. November 1975 hat der Herr Bundeskanzler diesen Vorschlag aufgegriffen. Er führte dazu aus:

"Älteren Menschen muss ebenso wie den Vertretern der jungen Generation die Möglichkeit geboten werden, in regelmässig wiederkehrenden Zusammenkünften von mehr oder weniger institutionellem Charakter die Probleme ihrer Altersgruppen zur Diskussion zu stellen." Und im weiteren:

"Inwieweit Seniorenräte und andere Einrichtungen geschaffen werden sollen, bedarf der Diskussion der Pensionistenverbände mit den zuständigen Ressortministern. "

Nachdem seither von Regierungsseite in dieser Angelegenheit nichts mehr zu hören war, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler folgende

A n f r a g e

- 1) Werden Sie einen Bundesaltenrat schaffen?
- 2) Wenn ja, bis zu welchem Zeitpunkt?
- 3) Wie wird die Zusammensetzung dieses Gremiums lauten?
- 4) Wodurch wird sichergestellt werden, daß die Belange der älteren Menschen tatsächlich mehr Berücksichtigung finden werden als bisher?